

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
sehr geehrte Damen und Herrn,

---

Der Antrag der der FDP-Fraktion,  
der von der von Grünen und CDU mitgetragen wird  
zur Errichtung einer Markthalle auf dem Epinay-Platz  
ist ein Prüfantrag.

---

Nun kann man sagen „was schadet es, die Idee einer Markthalle auf dem Epinay-Platz oder  
auf einem anderen städtischen Platz prüfen zu lassen?

---

Kann man sich eine Markthalle in Oberursel vorstellen?

Vielleicht ja,  
auch die SPD würde sagen, die Idee einer Markthalle könnte man prüfen lassen.

---

Aber das ist nicht der Knackpunkt des Antrages.  
Vielmehr gibt es zwei ganz entscheidende Knackpunkte.

---

Der erst Knackpunkt des Antrages ist,  
dass nicht die Stadt und ich betone es nochmal nicht die Stadt  
eine Markthalle errichten soll oder möchte,  
sondern ein privater Investor.

---

Und das, meine Damen und Herren, ist der Knackpunkt  
der zunächst grundsätzlich entschieden werden muss,  
bevor wir über Sinn und Zweck oder die Gestaltung einer Markthalle sprechen.

---

Die zentrale Frage lautet:

„Sind wir soweit zu prüfen, dass wir unsere städtischen, der Allgemeinheit gewidmeten Plätze  
an private Investoren verkaufen wollen?“

---

Bei dem Epinay-Platz handelt es sich um einen öffentlichen Platz  
in der Stadtmitte,  
der der öffentlichen Nutzung durch alle Bürger Oberursels gewidmet ist und diesen zur Ver-  
fügung steht.

---

Dieser öffentliche Platz soll im Zuge des Antrages der FDP

gestützt durch Grüne und CDU,  
der Öffentlichkeit entzogen und einem privaten Konsortium verkauft werden.

---

Ob das nun durch klassischen Verkauf oder Erbpacht erfolgt, ist dabei völlig unerheblich,  
das Ergebnis für die Bürger ist das Gleiche.

Denn die Legaldefinition § 1 Erbbaurechtsgesetz lautet:

Das Erbbaurecht ist eine Grundstücksbelastung in der Weise, dass der Berechtigte das veräußerliche und vererbliche Recht hat, auf oder unter der Oberfläche des Grundstücks ein Bauwerk zu haben

---

Ob Erbbaurecht oder Verkauf gleichgültig:

Das Recht zu Nutzung des Platzes gehört auf viele viele Jahre nicht mehr uns Bürgern, sondern Privaten Investoren.

---

Unter dem Deckmantel einer hübschen Markthalle,  
kommt hier der Ausverkauf der innenstädtischen Plätze.

Was verlieren die Bürger durch den Verkauf des Epinay-Platzes?

- Der Platz geht für die Senioren, auch für die Senioren des dortigen Seniorenwohnheims verloren. Sie bekommen eine gläserne Hallenwand vor ihr Kaffee und ihren Ausbereich gesetzt.
- Die Kinder, die auch am Wochenende auf dem Platz spielen, Radfahren und Rollschuhlaufen lernen, wird der offene Raum entzogen;
- den Anwohnern und Besuchern der Innenstadt werden Parkplätze in der Innenstadt genommen, denn Teile des Parkhauses Epinay-Platz werden für die Lagerung der Waren der Marktstände benötigt;
- Den angestammten Wurstwaren und Gemüsegeschäften in der Fußgängerzone droht eine erhebliche Konkurrenz, was im schlechtesten Falle, zum Niedergang dieser, uns allen vertrauten Geschäften führt.
- Der Handwerkermarkt, Konzerte und Oldtimertreffen werden auf dem Epinay-Platz nicht mehr stattfinden können, es sei denn die Stadt oder die ortsansässigen Handwerker und Vereine mieten den Epinayplatz und die Halle von den Privaten Investoren zurück. Schöne neue Welt!

Um es einmal ganz deutlich zu sagen. Wir prüfen hier einen städtischen Platz,  
mitten in der Innenstadt zu verkaufen,  
damit wir ihn,  
wenn wir ihn denn einmal nutzen möchten,  
zurückmieten müssen.

Und lassen Sie sich nicht täuschen von rhetorischen Nebelkerzen, wie

„Ergebnis offener Prüfung, der Umsetzung“.

Dass die Stadt keine Markthalle für 4 Millionen errichten und eine städtische Betreibergesellschaft gründen kann,

bei dem was finanziell allein für Gefahrenabwehrzentrum und Rathaus vor und liegt, muss wohl niemandem erläutert werden.

---

Was bekommt der Bürger dafür, dass FDP, CDU und Grüne seinen oberirdischen Innenstadtplatz verkaufen?

- Eine Markthalle die von Montag bis einschließlich Samstag geöffnet hat, wenn wir Glück haben mit einem Fischhändler.  
Was wirklich in der Innenstadt fehlt.  
Im Grunde handelt es sich aber im Ergebnis um einen überdimensionalen **„Unverpackt-Feinkost-Supermarkt“**.  
Regional dürfte da wenig sein, es sei denn man sieht exotische Waren aus der Großmarkthalle als „regional“ an. Ist ja um die Ecke, nur einen kurzen Weg über die 661 😊
- Eine Stahl-Glaskonstruktion die viel Pflege bedarf und damit Kosten auslöst.  
Denn jeder kann sich vorstellen, wie Glasscheiben, wenn sie nicht regelmäßig geputzt werden aussehen.
- Eine Konstruktion die meist sonntags geschlossen sein wird und für die umliegenden Kaffees an dem Platz den Blick auf eine tote Hallenkonstruktion bietet oder diese im schlechtesten Fall sogar verschattet.

---

Bei alle dem will die SPD dennoch nicht in Abrede stellen, dass eine solche Idee natürlich auch Chancen bietet.

Hier im Vordertaunus gibt es keine solche Markthalle, die nächst ist in Frankfurt.

Eine Markthalle mag daher im besten Fall auch kaufkräftiges Publikum aus den umliegenden Gemeinden für die gesamte Innenstadt anziehen.

Auch wenn das Beispiel der Markthalle Frankfurt/Höchst zeigt, dass das nicht unbedingt der Fall sein muss.

Die Markthalle Höchst ist nämlich zurzeit nur noch an 3 Tagen in der Woche geöffnet und mit der Hälfte der Stände belegt.

---

Statt, dass der interessierte Private Investor einen plausiblen Businessplan vorlegt, wurden den Parteien einige bunte Bilder gezeigt. Die sehen schön aus, aber mehr auch nicht.

- Es wurde vorgestellt, dass die Baukosten 4 Mio. betragen sollen und sich das ganze bei einer durchschnittlichen Miete von 1.200 Euro pro Monat pro Stand bei 20 Ständen rechnet. Man darf fragen: wo sind denn die Kosten für den Kauf des Platzes oder der Erbbauzins in der Kalkulation?

Bei diesen rudimentären Daten, würde keine Bank auch nur einen Bleistift zu Abstimmung der Finanzierung in die Hand nehmen.

---

Die Prüfung geht nun dahingehend, dass die Stadt, mit den Steuergeldern des Bürgers, folgendes prüfen soll:

- Sinnvolle Größe der Markthalle;
- Die Auswirkung auf die Kaufkraftbindung;
- Die Nutzungsmöglichkeiten externer Veranstalter (Randbemerkung: an die der Investor dann vermietet);
- Die Preisstruktur des Marktangebotes insgesamt.

---

Lassen Sie es mich einmal mit Asterix sagen: „ja, spinnen die denn die Römer“.

Seit wann macht denn die Stadt, mit den Steuergeldern des Bürgers die Arbeit eines privaten Investors?

---

Anders herum wird ein Schuh daraus.

Mag doch erst einmal der Private Interessent einen plausiblen Businessplan vorlegen mit einer vernünftigen Marktanalyse und dann prüft die Stadt, ob sie dem näher treten möchte und welche öffentlich-rechtlichen Belange ergänzend zu beachten sind.

---

Der Prüfantrag hat daher zwei wesentliche Knackpunkte:

1. die Prüfung des Ausverkaufs unserer innenstädtischen Plätze
2. Die Prüfung der Rahmenbedingungen die der Private Investor für seinen Businessplan benötigt.

Deshalb stimmt die SPD-Fraktion gegen den von der FDP, CDU und Grüne vorgelegten Prüfantrag.

---

Weil es nicht und ich betone es noch einmal nicht um die Prüfung einer Markthalle in Oberursel geht.

Sondern um einen Prüfantrag der auf den Verkauf eines öffentlichen Platzes zielt und die Stadt als Backoffice für den dazugehörigen Businessplan privater Investoren einsetzen möchte.

---

Weder für den Verkauf oberirdischer, öffentlicher Plätze, noch für die Zuarbeit für Businesspläne privater Investoren, sieht die SPD-Fraktion ein Mandat des Bürgers.

---

Und es verwundert, dass CDU und Grüne glauben ein Mandat zum Verkauf unserer Innenstadt-Plätze und Begegnungsstätten zu haben.

---

Ich zitiere aus dem Wahlprogramm der CDU für die laufende Legislatur:

„Die bauliche Entwicklung der vergangenen Jahre hat das Gesicht von Oberursel zunehmend verändert und verdichtet. Es gilt, die Balance zu halten zwischen notwendiger Weiterentwicklung und Bewahrung gewachsener Strukturen. Die Bautätigkeit muss in ruhigere Bahnen gelenkt werden. Konsolidierung und Arrondierung stehen jetzt im Vordergrund.“

Das der Verkauf des Epinay-Platzes „eine Balance hält“ und die Errichtung einer Markthalle die „Bautätigkeit in ruhigere Bahnen lenkt“, dürfte wohl kaum der Fall sein.

---

Und das Wahlprogramm der Grünen?  
Hier steht Ökologie und Klimaschutz im Vordergrund, von „urban gardening“ ist die Rede.

der Verkauf städtischer Plätze, ob nun direkt oder im Erbbaurecht;  
der Einsatz der Stadtverwaltung als Backoffice privater Investoren;  
und das Zubauen eines offenen Frischluftplatzes mit einer Halle;  
und damit einer deutlichen Verdichtung der Innenstadt zeigt, dass man hier doch weit vom Weg abgekommen ist.

---

Meine Damen und Herren  
überlegen Sie nochmals  
über was sie hier eigentlich abstimmen.

Sie stimmen nur vordergründig über die Prüfung der Errichtung einer Markhalle ab.

---

Tatsächlich stimmen sie über die Prüfung des Verkaufs und einer überwiegend monochromen Nutzung eines innerstädtischen, oberirdischen, öffentlichen Platzes ab, der uns und allen Bürgern zur vielfältigen Nutzung gewidmet ist

---

Vor diesem Hintergrund bittet die SPD-Fraktion jeden Einzelnen von Ihnen inständig, sich nicht von Fraktionszwängen binden zu lassen.

Entscheiden Sie alle selbst nach ihrem Gewissen, ob sie ernsthaft glauben ein Mandat zu haben, dass die Prüfung des Ausverkaufs unserer Plätze und freien Begegnungsorte umfasst.

Vielen Dank